

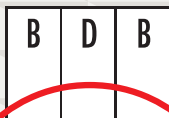
BUNDESVEREINIGUNG
BAUWIRTSCHAFT

Bundesvereinigung
Bauwirtschaft
Das Deutsche Bau- und
Ausbau-Handwerk

Politische Forderungen der deutschen Bauwirtschaft

ZUR

Bundestagswahl 2009



BUNDESVERBAND
DEUTSCHER
BAUSTOFF-FACHHANDEL E.V.

DGfM

Deutsche Gesellschaft
für Mauerwerksbau e.V.

Deutschland hat viele Potenziale, die das Land in der Vergangenheit voran gebracht haben. Zu diesen großen Potenzialen gehört ein leistungsfähiger Mittelstand. Über seine wirtschaftliche Bedeutung hinaus ist dieser auch eine gesellschaftliche Kraft, er bildet den Kern einer breiten bürgerlichen Mitte. Die mittelständischen Unternehmen stehen für unternehmerische Verantwortung, für Arbeits- und Ausbildungsplätze in Deutschland. Diese Unternehmenskultur gilt es zu fördern und zu stärken – im Interesse unseres Landes. Das heißt: Deutschland braucht eine Politik, die den Mittelstand stärkt.

Die mittelständische Bauwirtschaft erwirtschaftet mehr als 68 % des gesamten Umsatzes, der auf deutschen Baustellen erwirtschaftet wird. Sie beschäftigt 80 % aller gewerblichen Arbeitnehmer und bildet mehr als 80 % aller Lehrlinge am Bau aus. Sie ist es auch, die das Gros der Bauleistungen erbringt. Deshalb ist eine Politik, die den Mittelstand stärkt, die beste Wirtschafts- und Ordnungspolitik.

Inländische Investitionen sind Grundlage und Ausdruck für wirtschaftliches Wachstum und Mehrung des Wohlstandes. Sie sind Voraussetzung für die Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen in Deutschland. Bauinvestitionen sind deshalb nicht nur zwingend erforderlich, sondern haben im Hinblick auf die konjunkturelle Entwicklung auch weitere Vorteile:

Bauinvestitionen stabilisieren die Binnenkonjunktur!

Bauinvestitionen wirken rein binnenwirtschaftlich und fließen nicht ins Ausland ab. Konsumtive Ausgaben haben demgegenüber aufgrund der weltwirtschaftlichen Verflechtung nur einen begrenzten Effekt für die Binnenwirtschaft.

Bauinvestitionen nutzen dem Mittelstand und sichern Arbeitsplätze!

Bauinvestitionen kommen der regionalen Wirtschaft vor Ort zugute. Rund 80 % aller Beschäftigten und Auszubildenden der deutschen Bauwirtschaft sind in

den mittelständischen Bauunternehmen tätig. Sie erbringen ca. 70 % der Bauproduktion. Damit sichern Investitionen in die kommunale Infrastruktur die Arbeitsplätze vor Ort.

Bauinvestitionen schaffen langfristige Werte!

Bauinvestitionen entfalten eine langfristige Wirkung. Ein in die kommunale Infrastruktur investierter Euro zieht Folgeinvestitionen von drei bis vier Euro nach sich und schafft damit Arbeitsplätze in den vor- und nachgelagerten Bereichen. Gleichzeitig profitieren die Kommunen von der sanierten Infrastruktur. Eine verbesserte Bildungsinfrastruktur stärkt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

1. Klimaschutz ist eine Bauaufgabe.

Die klimaschutzpolitischen Ziele der Bundesregierung lassen sich nur durch eine flächendeckende und zügige energetische Modernisierung des Gebäudebestandes erreichen. Um den Energieverbrauch der ca. 25 Mio. modernisierungsbedürftigen Wohnungen maßgeblich zu senken, müssen in einem ausgewogenen Verhältnis Maßnahmen zur Wärmedämmung der Gebäudehülle sowie zur Modernisierung der Gebäudetechnik ergriffen werden. Trotz der diversen bestehenden Förderinstrumente ist bislang keine Beschleunigung der energetischen Gebäudemodernisierung zu verzeichnen. Für eine nachhaltige und zeitnahe energetische Modernisierung des Gebäudebestandes innerhalb der nächsten 15 Jahre sind zusätzliche Investitionen in Höhe von mindestens 20 Mrd. Euro jährlich erforderlich.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes muss als gesellschaftliche Aufgabe nachhaltig und effizient gefördert werden.**
- ▶ **Die der Energieeinsparverordnung (EnEV) zugrundeliegenden Nachweisverfahren (DIN 18599) sind praxisnäher zu gestalten, ohne das Anforderungsniveau zu senken.**

- ▶ **Die Nutzung erneuerbarer Energien wie z. B. der Solarthermie und der Geothermie, bedarf ebenfalls einer gesonderten Förderung.**

2. Nachhaltig Bauen!

Eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise ist darauf ausgerichtet, dass auch zukünftige Generationen in einer lebenswerten, ökologisch intakten sowie ökonomisch und sozial funktionierenden Umwelt leben können. Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und der technischen Innovationen sind jedoch heute weitergehende Anforderungen an die Nachhaltigkeit von Gebäuden zu stellen. Neben einem geringen Energie- und Ressourcenverbrauch bei der Errichtung der Gebäude und einer hohen Energieeffizienz im Betrieb kommt der ökologischen Wohnqualität, der bedarfsgerechten Grundrissgestaltung, der Barrierefreiheit sowie einem lebenswerten Wohnumfeld eine entscheidende Bedeutung zu.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Zur Förderung der Nachhaltigkeit bedarf es eines objektiven und wirtschaftlich handhabbaren Nachhaltigkeitszertifikates für Wohn- und Bestandsgebäude, das keinen Hemmschuh für Bauinvestitionen darstellt, wie z. B. das Gütesiegel der DGNB.**
- ▶ **Die demografische Entwicklung wie auch der Klimawandel erfordern einen nachhaltigen Wohnungsneubau.**

3. Steuer- und Abgabenbelastung deutlich senken!

Das Anspruchsdenken des Einzelnen gegenüber Staat und Gesellschaft ist nach wie vor ausgeprägt und wird von Seiten der politisch Verantwortlichen immer weiter gefördert. Dies führt zu einer hohen Umverteilung von Einkommen durch Steuern und Abgaben. Die Abgabenquote lag 2008 fast auf dem gleichen Niveau wie im Jahr 2005. Unternehmen wie Privatleute leiden unter dieser hohen Abgabenquote.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Unternehmenssteuerreform nachbessern!**
- ▶ **Nachbesserung der Thesaurierungsbegünstigung.**
- ▶ **Einführung einer Sofortabschreibungsgrenze von 1.000 Euro pro Wirtschaftsgut.**
- ▶ **Kalte Progression stoppen – Mehr Netto vom Brutto.**
- ▶ **Eckwerte der Steuertarife an die Inflationsentwicklung koppeln, um heimliche Steuererhöhungen dauerhaft zu verhindern.**

4. Steuerliche Anreize für legale Arbeit schaffen!

Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung sind Grundprobleme der deutschen Bauwirtschaft. Sie haben ihre ganz wesentliche Ursache in der zu hohen Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben. Dies hat zur Folge, dass insbesondere private Wohnungseigentümer dazu neigen, Bauaufträge „schwarz“ ausführen zu lassen.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Kräftige Wachstumsimpulse durch eine deutliche Verbesserung des Steuerbonus für Handwerkerleistungen erzielen.**
- ▶ **Einbeziehung der Handwerkerleistungen in das erhöhte Fördervolumen des § 35 a Abs. 2 EStG.**
- ▶ **Umstellung der Soll-Versteuerung auf eine generelle Ist-Versteuerung.**
- ▶ **Ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf arbeitsintensive Bauleistungen im Wohnungsbau einführen; Umsetzung der EU-Richtlinie in nationales Recht.**

5. Deutliche steuerliche Anreize für Klimaschutz und Wohnungsbau schaffen.

In Wachstumsregionen und Regionen mit erhöhtem Bedarf, z. B. Universitätsstädten, stagniert der Mietwohnungsneubau seit Jahren in hohem Maße. Nach der Bevölkerungs- und Haushaltsprognose des Bundesamtes

für Bauwesen und Raumordnung steigt die Wohnflächen- nachfrage bis 2020 jährlich um 0,4 % an. Allein daraus leitet sich ein Neubaubedarf von rund 220.000 Wohnein- heiten pro Jahr im Zeitraum 2007 – 2020 ab. Darüber hinaus besteht ein zusätzlicher Bedarf am Ersatz von ca. 150.000 bestehenden Wohneinheiten pro Jahr. Der Woh- nungsneubau bewegt sich seit Jahren aber unter dem tatsächlich benötigten Bedarf.

Die rund 40 Millionen Wohnungen in Deutschland, von denen wiederum rund 60 % vermietet werden, verursa- chen nach gesamtwirtschaftlichen Studien rund 40 % des CO₂-Ausstoßes, Autos im Vergleich hierzu nur ca. 12 %. Um die Nachfrage nach energetischen Gebäudesanie- rungsmaßnahmen deutlich zu beschleunigen, müssen die gegenwärtig geringen steuerlichen Anreize gezielt erhöht werden.

Konkret fordert die Bauwirtschaft:

- ▶ **Die Abschreibungsmöglichkeiten beim Wohnungs- neubau zu verbessern.**
- ▶ **Klimaschutzabschreibungen einzuführen, um ener- getische Optimierungs- oder Sanierungsmaßnah- men voranzutreiben.**
- ▶ **Energiesparmaßnahmen an Altbauten und selbst- genutztem Wohnraum durch Steuerermäßigungen initiieren.**
- ▶ **Erweiterung der KfW-Förderung mit einem speziel- len Programmpunkt für den Bestandsersatz.**

6. Langfristig gilt: Riesteransatz konsequent fortführen – Selbstgenutztes Wohneigentum nachgelagert besteuern.

Zwar ist mit dem „Wohnriester“ das selbstgenutzte Wohneigentum gleichberechtigt mit anderen Formen der Altersvorsorge in die Riesterförderung einbezogen worden. Da allerdings entsprechende Altersvorsorge- beträge nur bis zu einem Höchstbetrag von 2.100 € pro Jahr steuerlich geltend gemacht werden können, hält sich

die Förderung im Vergleich zu den hohen Kosten eines Eigenheims in engen Grenzen. Es ist auch nicht möglich, mithilfe der Riesterförderung energetische Gebäudesanierungen in der selbstgenutzten Immobilie zu finanzieren. Die steuerliche Absetzbarkeit von Ersparnissen in der Erwerbsphase und ihre nachgelagerte Versteuerung im Rentenalter tragen zu einer gerechteren und gleichmäßigeren Besteuerung der Lebenseinkommen bei. Sie lassen den Bürgern die Möglichkeit, ihre Ersparnisse ungeschmälert anzulegen und entschädigt den Finanzminister durch die spätere Versteuerung von Kapital und Zinsen.

Das selbstgenutzte Wohneigentum bietet eine hervorragende Möglichkeit, die nachgelagerte Besteuerung in diesem Sinne konsequent weiter zu entwickeln. Die Geldanlage in der eigenen Immobilie ist mit unmittelbaren realen Investitionen verbunden, die zudem ausschließlich im Inland stattfinden und zu entsprechender Beschäftigung und Steuereinnahmen führen. Vor allem für Schwellenhaushalte und liquiditätsschwache Alteigentümer ist die anfängliche Entlastung in der Investitionsphase oft die einzige Möglichkeit, überhaupt Wohneigentum zu erwerben bzw. größere Investitionen in ihre Immobilie zu realisieren. Zudem werden die wichtigen Modernisierungsinvestitionen mit in die nachgelagerte Besteuerung einbezogen.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Einführung einer Wahlmöglichkeit zur steuerlichen Geltendmachung von Investitionen in die eigen genutzte Wohnimmobilie.**

7. Investitionen erhöhen – Arbeitsplätze schaffen.

Vor dem Hintergrund der andauernden Finanz- und Wirtschaftskrise sind verstärkte Investitionen in Deutschland für die weitere Entwicklung des Wirtschaftsstandortes und damit für die Sicherung der Arbeitsplätze unabdingbar. Der Reparatur- und Modernisierungstau im Bereich der öffentlichen Infrastruktur hat ein Ausmaß erreicht, das

sowohl den Wirtschaftsstandort als auch die Lebensqualität bedroht.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Infrastrukturinvestitionen dauerhaft hoch halten.**
- ▶ **Maut-Einnahmen zusätzlich für Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen einsetzen.**
- ▶ **Investitionsspielräume ausschöpfen.**
- ▶ **Investitionen besser managen!**
- ▶ **Kommunale Investitionen sichern - Infrastruktur erhalten.**
- ▶ **Kommunale Investitionstätigkeit verstetigen!**
- ▶ **In den Bildungsbereich investieren.**
- ▶ **Getrennte Förderprogramme zusammenfassen.**

8. Mehr Markt weniger Staat.

Der Staat ist für den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur in Deutschland verantwortlich. Aus dieser Verantwortung darf er nicht entlassen werden. Denn dafür dienen seine Steuereinnahmen.

Vor dem Hintergrund leerer öffentlicher Kassen ist es aber sinnvoll, wo immer möglich und wirtschaftlich, öffentliche Aufgaben privaten Anbietern zu übertragen oder private Anbieter an der Erfüllung öffentlicher Aufgaben zu beteiligen. Gerade im öffentlichen Hochbau, im Umweltschutzbau oder im Verkehrswegebau können Privatisierungen oder öffentlich-private Partnerschaften zu einer effizienteren Verwendung öffentlicher Mittel beitragen.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Bedarfsgerechte Infrastrukturinvestitionen durch zusätzliche private Investitionen ermöglichen.**
- ▶ **Private Betreibermodelle in der Verkehrsinfrastruktur mittelstandsgerecht ausgestalten.**
- ▶ **ÖPP-Modelle im kommunalen Hochbau stärker für die mittelständische Bauwirtschaft nutzen!**
- ▶ **Staatseigene und kommunale Wirtschaftsbetriebe privatisieren.**

9. Modernisierung des Vergaberechts vollenden.

Die Modernisierung des Vergaberechts im bestehenden System hat zu einer Vereinfachung des Vergaberechts, zu mehr Rechtssicherheit und insbesondere zu einer Stärkung des Mittelstandes geführt. Wir erwarten, dass der Gesetzgeber nun die Modernisierung des Vergaberechts vollendet und endlich auch einen Primärrechtsschutz unterhalb der EU-Schwellenwerte einführt. Dieser ist Voraussetzung für ein funktionierendes und transparentes Vergaberecht. Bei einem jährlichen Vergabevolumen von rund 360 Mrd. Euro und rund 95 % der Vergaben im Unterschwellenbereich darf es keinen rechtsfreien Raum geben.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Nur durch einen effektiven Rechtsschutz werden die Vergabeprozesse transparent und die Einhaltung der Vergaberegeln sichergestellt.**
- ▶ **Strikte Anwendung der VOB.**
- ▶ **Strikte Anwendung der VOB auch bei der Deutschen Bahn AG.**

10. Fehlentwicklungen im Handwerksrecht korrigieren.

Die Entwicklungen in Folge der Novellierung der Handwerksordnung vom Januar 2004 haben in vielen Gewerken die schlimmsten Befürchtungen wahr werden lassen. In den seither zulassungsfreien Gewerken des Bau- und Ausbauhandwerkes hat die Novellierung der Handwerksordnung zu einem erheblichen Verlust von Qualität und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnissen geführt. Die Zahl der Auszubildenden und Meisterschüler ist dramatisch zurückgegangen.

Ungelernte ohne jegliche Qualifikation lassen sich zuhauf bei den Handwerkskammern eintragen und profitieren oftmals noch davon, als Ein-Mann-Betrieb keine Sozialversicherungsabgaben und Berufsgenossenschaftsbeiträge in ihre Preise einkalkulieren zu müssen. Viele dieser Betriebe haben Jahresumsätze unter 20.000 Euro und sind

daher dauerhaft nicht existenzfähig. Auch der Beitrag dieser Betriebe zum Steueraufkommen ist äußerst gering.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Wiedereinführung der Zulassungspflicht für die Betriebe des Bau- und Ausbaugewerbes, namentlich für die Handwerke des Fliesen-, Platten- und Mosaiklegers, des Beton- und Terrazzoherstellers, des Estrichlegers, des Behälter- und Apparatebauers und des Raumausstatters.**

11. Zahlungsmoral der öffentlichen Hand: Fällige Zahlungen beschleunigen.

In Zeiten der Finanzmarktkrise ist die pünktliche Zahlung fälliger Rechnungen gerade für kleine und mittelständische Betriebe oft von existenzieller Bedeutung. Angesichts dessen gilt es auch die Zahlungsmoral öffentlicher Auftraggeber nachhaltig zu verbessern. In der Praxis wird die in der VOB/B enthaltene Prüffrist von Schlussrechnungen von zwei Monaten nicht nur grundsätzlich in Anspruch genommen, sondern mehrheitlich weit überzogen. So ist die zweimonatige Prüffrist beispielsweise bei Pauschalverträgen schon im Ansatz nicht gerechtfertigt und könnte für diese Fälle deutlich auf max. 14 Werktage reduziert werden.

Auch die Leistungszeit für Abschlagszahlungen von 18 Werktagen ist grundsätzlich zu lang bemessen. Hinzu kommt, dass das Recht auf Abschlagszahlungen bei Aufträgen, die kurzfristig erledigt werden können, leerläuft. Aus diesem Grund muss von Seiten der öffentlichen Auftraggeber künftig von der Möglichkeit, Vorauszahlungen zu vereinbaren, vermehrt Gebrauch gemacht werden.

12. Forderungssicherungsgesetz fortentwickeln.

Mit dem Forderungssicherungsgesetz wurden seit langem überfällige Nachbesserungen unzureichender Regelungen des BGB-Werkvertragsrechts vorgenommen.

Gleichwohl bestehen weiterhin strukturelle Schwächen des gesetzlichen Werkvertragsrechts, die beseitigt werden müssen.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Sicherheitsleistung des Bestellers auch bei privaten Auftraggebern ermöglichen.**
- ▶ **Schaffung einer gesetzlichen Regelung, dass Verbraucher als Auftraggeber dem Werkunternehmer auf Verlangen eine Sicherheitsleistung stellen müssen. Hierzu muss das Verbraucherprivileg des § 648 a Absatz 6 Nr. 2 BGB gestrichen werden.**

13. Vorverlegung der Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge rückgängig machen.

Zur Stabilisierung des Rentenversicherungsbeitrages ist die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge im Jahre 2005 vorverlegt worden. Diese Vorverlegung hat einen deutlichen Anstieg des Verwaltungsaufwands bei den mittelständischen Betrieben der Bauwirtschaft verursacht, weil die Arbeitgeber verpflichtet worden sind, den voraussichtlichen Sozialversicherungsbeitrag für den laufenden Kalendermonat zu schätzen. Das läuft auf ständige nachträgliche Korrekturen der Entgeltabrechnung hinaus und führt dazu, dass die Arbeitgeber nicht mehr zwölf, sondern 24 Monatsabrechnungen erstellen müssen.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Die Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge muss sich wieder an der Fälligkeit des Entgeltanspruches orientieren.**

14. Effizienz der Schwarzarbeitsbekämpfung erhöhen.

Der Vollzug aller gesetzlichen Bestimmungen zur Schwarzarbeitsbekämpfung und die abschreckende Wirkung neuer gesetzlicher Regelungen müssen in den Mittelpunkt

der politischen Diskussion über eine wirksamere Bekämpfung von Schwarzarbeit und illegaler Beschäftigung rücken. Es bestehen krasse Vollzugsdefizite, auf die der Bundesrechnungshof bereits zu Beginn des Jahres 2007 in seinem Bericht über die Tätigkeit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit aufmerksam gemacht hat. Durch die Einbeziehung weiterer Branchen in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz wird der Personal- und Finanzbedarf der Finanzkontrolle Schwarzarbeit erheblich zunehmen.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Die Ressourcen der für den Vollzug der Gesetze zuständigen Zollverwaltung müssen aufgestockt werden.**
- ▶ **Die abschreckende Wirkung der Sanktionen muss erhöht werden.**
- ▶ **Vollzugsdefizite müssen beseitigt werden.**

15. Leistungskatalog in der gesetzlichen Unfallversicherung reduzieren.

Nur durch eine grundlegende Reform des Leistungsrechts der gesetzlichen Unfallversicherung können die Betriebe dauerhaft entlastet werden. Die gesetzlich normierten Leistungen, die die Berufsgenossenschaften zu erbringen haben, machen rd. 85 % ihrer Ausgaben aus. Die Versicherungsleistungen der gesetzlichen Unfallversicherung sind auf den Kernbereich der betriebsspezifischen Risiken zu konzentrieren.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Wegeunfälle aus dem Versicherungsschutz herausnehmen.**
- ▶ **Verhältnis von Unfallrenten zu Altersrenten neu ordnen.**
- ▶ **Kein Leistungsanspruch für Schwarzarbeiter.**

16. Einstellungshemmnis Kündigungsschutz beseitigen.

Der gesetzliche Kündigungsschutz stellt noch immer das größte Einstellungshemmnis dar. Die deutsche Wirtschaft wird durch den Kündigungsschutz mit Kosten in Höhe von ca. 7,5 Mrd. Euro jährlich belastet. Der größte Teil davon entfällt auf Abfindungszahlungen, Prozesskosten und Kosten für die anwaltliche Beratung. Vertrauen in das Arbeitsrecht ist aber eine zentrale Voraussetzung dafür, dass bei einem Arbeitskräftebedarf auch dauerhaft Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieses Vertrauen ist zurzeit nicht vorhanden.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Der Schwellenwert für die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzes ist auf 20 Arbeitnehmer anzuheben.**
- ▶ **Die Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes muss in den ersten drei Jahren eines Arbeitsverhältnisses ausgeschlossen werden.**
- ▶ **Die Höchstdauer für die Befristung von Arbeitsverhältnissen ist von zwei auf drei Jahre zu verlängern. Die mehrfache Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne Sachgrund muss ermöglicht werden.**

17. Ersten Arbeitsmarkt stärken.

Öffentlich subventionierte Arbeit führt seit langem zu Fehlsteuerungen am Arbeitsmarkt und beeinträchtigt die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe am ersten Arbeitsmarkt. Diese finanzieren mit hohen Steuern und Abgaben einen für sie existenzbedrohenden oder zumindest wettbewerbsverzerrenden zweiten Arbeitsmarkt. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben dürfen nicht aus Beitragsmitteln der Arbeitslosenversicherung finanziert werden.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abschaffen.**
- ▶ **Einsatz von Ein-Euro-Jobbern beschränken.**

- ▶ **Veto-Recht für Sozialpartner einführen.**
- ▶ **Anspruch auf Vorbereitung auf einen Hauptschulabschluss abschaffen.**

18. Tarifautonomie stärken.

In den personalintensiven Wirtschafts- und Handwerkszweigen der Bauwirtschaft kommt der eigenverantwortlichen Festlegung der Arbeitsbedingungen durch die Sozialpartner eine besondere Bedeutung zu.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Die Tarifautonomie sichern und stärken.**
- ▶ **Grundsatz der Tarifeinheit erhalten.**

19. Bautechnische Innovationen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Betriebe fördern.

In den letzten Jahren wurden die Produktivität der Bauausführung sowie die Qualität der Bauprodukte durch zahlreiche technische Innovationen nochmals gesteigert. Heimische Baubetriebe können sich im europäischen Wettbewerb nur durch einen ständigen Innovationsprozess behaupten. Dafür ist auch die Normung ein wichtiges Instrument, bei der Wissenschaft und Praxis idealerweise gemeinsam nach Lösungen suchen. Hierbei ist eine zunehmende Dominanz der Wissenschaft feststellbar. Diese führt zu einer Komplexität auch der Grundlagen-Normen, die von einem durchschnittlichen Anwender nicht mehr beherrschbar ist. Hierdurch kommt es zu einer zunehmenden Normen-Müdigkeit, was negative Effekte auf die Qualität der baulichen Leistungen in Deutschland hat.

Konkret fordert die deutsche Bauwirtschaft:

- ▶ **Forschung und Entwicklung müssen nach den Bedürfnissen der Praxis gefördert werden.**
- ▶ **Die Forschungsinitiative Zukunft Bau ist auch in Zukunft fortzuführen.**



BUNDESVEREINIGUNG BAUWIRTSCHAFT

Das deutsche Bau- und
Ausbauhandwerk



Bundesinnung für das
Gerüstbauer-Handwerk
Bundesverband Gerüstbau



Bundesinnungsverband
des Gebäudereiniger-
Handwerks



Bundesverband
Holz und Kunststoff



Bundesverband Metall -
Vereinigung Deutscher
Metallhandwerke



Bundesverband
Rollladen +
Sonnenschutz e.V.



Deutscher
Fertigbauerband



Hauptverband
Farbe Gestaltung
Bautenschutz



Verband Deutscher Kälte-
Klima-Fachbetriebe e.V.



Zentralverband des
Deutschen Baugewerbes



Zentralverband
des Deutschen
Dachdeckerhandwerks



Zentralverband
der Deutschen
Elektro- und Informations-
technischen Handwerke



Zentralverband
Raum und Ausstattung



Zentralverband
Sanitär Heizung Klima

Bundesvereinigung
Bauwirtschaft

Kronenstraße 55 - 58
10117 Berlin

Telefon 030 20314-0
Telefax 030 20314-419

www.bv-bauwirtschaft.de
info@bv-bauwirtschaft.de